

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint am nächsten Morgen, fünfzehnten Febr., „Andererwerb“ sowie „Voll und Gut“ Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Geschäftsleitung: Große Märkerstraße 6, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Persönliche Ausnahmeverteilung möglich von 12 bis 1 Uhr. — Umrechnung eingekauften Manuskripten ist stets das Redaktionsbüro beizulegen.

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Salle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugspreis monatlich 1,70 Mk. und 0,30 Mk. Vierteljährlich, halbjährlich 2,70 Mk., für Arbeiter 1,90 Mk. Bezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt oder vom Postboten abgeholt 2,40 Mk., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,20 Mk. Anzeigerpreis 12 Pf. im Voraus und 30 Pf. im Nachhinein bei 10 Zeilen. — Druckerei: Große Märkerstraße 6, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Postfachkonto 233 10 Halle.

Der Generalbluff

Die Metallindustriellen beschließen ab 22. Februar die allgemeine Ausperrung
Glänzende Kampflage zu Beginn der fünften Woche

Der Beschluß der Industriellen.

Berlin, 13. Februar. (R.D.)

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtpersperrung in der deutschen Metallindustrie am 22. Februar mit Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Die mitteldeutschen Metallindustriellen haben die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem Abwehrkampf gefordert, weil die Mitteldeutschen unter wirtschaftlichen Nachteilen stehen, wenn keine Maßnahmen getroffen werden können, wenn der gegenwärtige deutsche Beschäftigungsstand erhalten werden soll. Da die gesamte deutsche Metallindustrie der Meinung ist, daß der gegenwärtig noch bestehende Beschäftigungsgrad der Preissteigerungen verschlechtert und insbesondere auch die mühsam wiedererrungene Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet wird, hat sie den von der mitteldeutschen Metallindustrie geführten Abwehrkampf gegen unangemessene Lohnerhöhungen seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen zu ihrem eigenen gemacht.

And dieser Meinung ist also ersichtlich, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller von einer nennenswerten Lohnerhöhung in der mitteldeutschen Eisenindustrie unangenehme Konsequenzen für die Metallindustrie des Ruhrgebietes und des rheinisch-westfälischen Bezirkes befürchtet. Aber die Metallindustriellen, die

diese Auffassung bereits in einer der letzten Nummern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zum besten gegeben haben, dürften sich über das Ergebnis ihrer Maßnahme solchen Hoffnungen hingeben.

Zunächst erklären wir nochmals, was wir schon vor 8 Tagen gegenüber der ersten Ausperrungsdrohung erklärten, daß sie ein Generalbluff ist und daß die Metallindustriellen damit in der Hauptsache zunächst das Ziel verfolgen, den Reichsarbeitsminister so schnell wie möglich zum Eingreifen, und zwar zu einem für die Unternehmer möglichst günstigen Eingreifen zu bewegen. Die Streikfront wird durch diese Haltung der Gesamtverbände der deutschen Metallindustriellen in keiner Weise erschüttert, die deutsche Metallarbeiterschaft wird den Herren den Beweis liefern, daß sie nicht nur über große materielle, sondern auch über große moralische Reserven verfügt, die vollkommen hinreichen dürften, daß die Waage der eisenverarbeitenden Schlotbarone nicht in den Himmel wackeln.

Willy Köhler,



Beigeführter des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Führer des Mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes.

Das Reichsschulgesetz gescheitert

Beschluß der Volkspartei, an ihren liberalen Grundgedanken festzuhalten - Die neuesten Regierungphantasien

Berlin, 13. Februar. (Radiomelung.)

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Berlin tagte, nahm eine Entschiedenheit an, in welcher die Volkspartei die Reichsstaatsrat ansetzen wird, an ihren liberalen Grundgedanken wie bisher festzuhalten. Praktisch dürfte diese Auffassung darauf hinauslaufen, daß die Volkspartei ihre bisherige Auffassung über die Einmütigkeit der Reichsstaatsrat nicht aufgibt und somit das Reichsschulgesetz in der Zeit zunächst als unzulässig gelöst betrachtet werden muß. In diesem Ausgang der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz hat die Volkspartei durch ihren festgesetzten Stand auf die Volkspartei regen Anteil.

Volkspartei vom Freitag hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsstaatsrat der Deutschen Volkspartei hat sich anlässlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichsminister für die durch geschaffenen Beschlüsse befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen, von der Lösung harren Aufgaben der Reichsstaatsrat - Berücksichtigung des Glanz Abendungs der Vor der Sandwirtschaft, Kriegsdienstverpflichtung, Arbeitslosenversicherungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbau für 1923, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. - eine vorzeitige Auflösung des Reichstages vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entsagen.

Die Streiklage am Montag.

Salle, 13. Februar.

Vier Wochen lang haben die streikenden Metallarbeiter die Betriebe der Unternehmer, ihre Reichen zu zermürben, mit größter Entschlossenheit zurückgewiesen. Am Ende der vorigen Woche erhielt wieder ein Teil von ihnen eine schriftliche Einladung, am Montag zur Arbeit zu erscheinen. Vereinzelt wurde diese Arbeit verweigert als Protesthandlung bezeichnet. Aber alle Rufe der Metallindustriellen ist vergeblich. Soweit die Betriebe heute morgen angefallenen Streikposten einließen, ist eine Abbröckelung der Streikfront auch in der fünften Woche nicht zu verzeichnen. Die Ergebnislosigkeit des Verhandlungsversuches der vorigen Woche hat, das läßt sich heute schon behaupten, eher auftrüffelnd als niederdrückend gewirkt. Die Metallarbeiter können stolz sein auf den Stand ihres Kampfes.

Mit dem heutigen Tage beginnt die fünfte Woche des wichtigen Kampfes der mitteldeutschen Metallarbeiter um gerechte und zeitgemäße Entlohnung für schwere Arbeit. Unverkündet wie ihr Wille zum Enderfolg ist auch das Interesse der breiten Öffentlichkeit an diesem Ringen. Nicht nur, weil nach dem eigenen Geländnis der Unternehmenspresse (sie drückt das in der Form der Behauptung aus) die bei diesem Kampf erzielten Erfolge ohne weiteres sich auf die zahlreichen Ende März ablaufenden Lohnabkommen übertragen könnten, sondern auch wegen der Formen, in denen sich der Kampf abspielt.

Ob der Vertreter des Arbeitsministers, Dr. Süttgen, Magdeburg, bei den Verhandlungen versucht hat, die Unternehmer zum Entgegenkommen zu bewegen, darüber ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Aber es soll der Kampf weitergeführt werden? Es ist offenbar, und wer die Augen aufmacht, erkennt deutlich, welche Anstrengungen die Unternehmer machen, sich aus den Schlingen zu befreien, die sie sich zum Teil selbst, um den Hals gelegt haben. Wer kein eigennütziges Interesse daran hat, die Sache der Metallarbeiter heranzutreiben, erkennt, in welcher gefährlicher Position die Streikenden stehen, trotz des Eingreifens, trotz der Sympathieäußerungen, trotz der materiellen Unterstützung der anderen Unternehmer für die mitteldeutschen Metallindustriellen.

Aber in Halle kann ja keine Selbstorganisation geführt werden, ohne daß die Kommunistische Partei und alle ihre Hilfsorganisationen Sondergeschäfte machen wollen. Deshalb das wochenlange Gefäch zuerst vom Abwürgen des Streiks, nachher, als man sah, daß die Sache doch nicht - wie man nach den Aussprüchen kommunistischer Zust-

Konsul Lehmann

Deutscher Staatsbürger Schwedischer Erziehung

Halle (Saale), 13. Februar.

Die nationale Gesinnung und der politische Laik sind bekanntlich ausschließliche Eigenheiten der Herren von rechts. Namentlich gegenüber dem Ausland befinden sich diese Herren in der einzig wahren Position, die die Würde des deutschen Reiches verbürgt. So auch der in Halle wohlbekannte Stadtvorordnete und Bankier Dr. Lehmann, seines Zeichens außerdem schwedischer Konsul. Am 30. Geburtstage Hindenburgs zeigte Herr Lehmann zwei Hingegen: die schwedische Nationalflagge und die schwedische weiße Flagge der ehemaligen hussarischen Monarchie. Diese politische Laikheit veranlaßte den Regierungspräsidenten in Merseburg, den Herrn Konsul auf die vom Standpunkte der Verfassung untragbare Form seines Verhaltens in einem Schreiben aufmerksam zu machen und ihn um ent-

sprechende Korrektur in zukünftigen Fällen zu eruchen. Der Schritt des Regierungspräsidenten verlief aber ergebnislos. Darauf wurde die Angelegenheit an die direkt zuständigen Stellen mit dem Erfolge weitergeleitet, daß die schwedische Gesamtschiff in Berlin dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hat, Dr. Lehmann sei a gemietet, in allen in Frage kommenden Fällen neben der schwedischen Flagge die verfassungsmäßig gültigen Reichsflaggen zu zeigen.

Der Konsul Dr. Lehmann, der Mann deutschnationaler Gesinnung, muß von dem Vertreter einer auswärtigen Macht angewiesen werden, wie er sich als deutscher Staatsangehöriger zu benehmen hat. Man kann sich fragen, daß unser Volk auf diese Art von formalistischer Tätigkeit eines deutschen Staatsbürgers stolz sein darf.

Das schließlich werden wird ist unzeitig schwer zu sagen. Weil sehr nur, daß die gegenwärtige Koalition sich nicht in und das ist nicht von den Regierungsparteien eingesehen wird. Die Hauptvor dem Ausgang von Reuhaben hat sie und insbesondere die Deutschnationale Volkspartei bisher von dieser Einseitigkeit abgehalten. Aber ob sie nun, wie es heißt, am 22. März beim Reichspräsidenten im Reich wählen lassen: der Erfolg der Sozialdemokratie steht bombastischer fest. Dazu werden alle taktischen Wintzigkeit des Wahlgewinns nicht inbären.

Die oben erwähnte Entschließung der

Gewerkschaftliches.

Das Recht des Schlichters.

Befugnisse des Reichsarbeitsrichters.

Esda Verbände bzw. die Braunschweiger Unterverbände, und zwar der Deutschnationale Bundesarbeitsverband in Hamburg, der Verband der Metallischen Gewerkschaften und Bergbauangestellten in Berlin, der Verband deutscher Schneider in Essen, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und Beamten in Berlin und der Bund der technischen Angestellten und Beamten in Berlin haben im November 1925 den Reichsarbeitsminister um Schlichtung eines Streites zwischen Braunschweiger Firmen, darunter die Kamm-Schneidwerke, die Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG, die F. Bülling-AG, die Bülling u. Sohn GmbH, gebeten, da diese Firmen den Abschluß eines Tarifvertrages bewirkten.

Der Reichsarbeitsminister befugte gemäß Art. 1 § 2 Abs. 1 Satz 1 des Schlichtungsgesetzes vom 30. Okt. 1923 den Oberregierungsrat Dr. Semler zum Schlichter. In einer Verbandsliste vom 10. Dezember 1925 erklärte der Schlichter die Vertretung der 22 Braunschweiger Firmen durch den als Beauftragten erschienenen Rechtsanwalt Dr. Semler gemäß § 15 des 2. Zusatzprotokolls zum Schlichtungsgesetz für die Braunschweiger Firmen, darunter die Kamm-Schneidwerke, die Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG, die F. Bülling-AG, die Bülling u. Sohn GmbH, gebeten, da diese Firmen den Abschluß eines Tarifvertrages bewirkten.

Der Reichsarbeitsminister befugte gemäß Art. 1 § 2 Abs. 1 Satz 1 des Schlichtungsgesetzes vom 30. Okt. 1923 den Oberregierungsrat Dr. Semler zum Schlichter. In einer Verbandsliste vom 10. Dezember 1925 erklärte der Schlichter die Vertretung der 22 Braunschweiger Firmen durch den als Beauftragten erschienenen Rechtsanwalt Dr. Semler gemäß § 15 des 2. Zusatzprotokolls zum Schlichtungsgesetz für die Braunschweiger Firmen, darunter die Kamm-Schneidwerke, die Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG, die F. Bülling-AG, die Bülling u. Sohn GmbH, gebeten, da diese Firmen den Abschluß eines Tarifvertrages bewirkten.

Kommunistenflucht in Stuttgart

Ein KPD-Stadtrat und der kommunistische Stadterwerbsstellenleiter traten auf der KPD aus. Die Kommunisten flüchten in Stuttgart.

Nach je Leistung des Straßens der mittelständigen Metallarbeiter konnte man erkennen, wieviel ungeliebte Rolle die Kommunistische Partei und ihre Presse in dem Straßenspielen würde. Angehörige der Partei, die der KPD angehören, verurteilten diese Gefahr anzuwenden. Sie mühten aber erkennen, daß sie je Leistungen ihrer Parteileitung gemacht werden sollten, nicht umgehört zu Leistungen der „Reformisten“, wie es der „Kampfbund“ von Drescher (Kalle) verlangt darzustellen. Die Bemühungen dieser kampflosen Kommunisten scheinen aber vergeblich gewesen zu sein, und je gegen die Schlichterforderungen. In Stuttgart trat ebenfalls der Führer der kommunistischen Stadterwerbsstellenleiter, Kämpel, aus der KPD aus.

Nachfolgt kein Genosse Lurid, Stadterwerbsstellenleiter und der Stadtrat Fromms.

Die kommunistische Fraktion flüchtete durch diese Schritte auf die Hälfte zusammen.

Am Mittwoch der vergangenen Woche fand eine Versammlung der Arbeiter der Metallarbeiter in Stuttgart statt. In Anwesenheit wurden schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung die Mitglieder des Reichsvereins der Metallarbeiter und die der kommunistischen Partei nach dem Versammlungsort beordert. (Wie in der Sitzungsausschussung.) Es sollte eine Abrechnung mit den Ausgetretenen erfolgen. Die Versammlung war von ungefähr 700 Personen besucht, die örtliche Streikleitung aber drehte

den Spiegel um und stellte die Vertrauensfrage, und siehe da, von den 700 anwesenden Männern nur 17 oder 18 blieben.

Ein sprechendes Beispiel dafür, daß die bisherige Politik im Kampf gescheitert ist.

Weitere Abkehr von der KPD.

Am Sonntag vorgenommene Urabstimmung bei der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen brachte den Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Auf die Kandidatur wurde entfallen 274 Stimmen, auf die der KPD 213 Stimmen. Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als bei der Ortsverwaltungsmittel im vergangenen Jahre die Mehrheit nur 250 Stimmen betrug und die Kommunisten in diesem Jahre eine außerordentliche Majorität erzielten. Welche Bedeutung die kommunistische Presse im Ruhrgebiet den Ortsverwaltungsmittel der Deutschen Metallarbeiterverbandes beigegeben hat, geht aus folgenden Ausführungen des „Ruhr-Ruf“ in der Monatsnummer hervor:

„Es ist klar, daß die Entscheidung in Essen von größter Tragweite für die gesamte Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes ist, und daß der Oppositionsbuchdruck durch die revolutionäre Front eine sehr schmerzliche Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung in revolutionären Sinne bedeutet.“

Die Arbeiterkraft will, wie wir sehen, von dieser „Revolutionierung“, die in händiger Bestätigung der Gewerkschaftsinstanzen durch die KPD, nichts wissen. Trotzdem wird die KPD keine Schritte zurück ziehen, denn sie lebt ja noch durch diese Kampfmethode. Wie lange noch?

Die Verhandlungen über die Schlichtung.

Das Landgericht gab der Klage statt, das Oberlandesgericht Braunschweig erließ auf Abweisung der Klage. Die von den Klägerinnen beim Reichsgericht eingeleitete Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom 3. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsurteilen zu sehen. Die Revision trägt zu Unrecht, daß der Schlichter und Schlichterin nicht als Bevollmächtigte der Rätegrüner zugelassen haben. Die ständige Rechtsprechung des Senats geht dahin, daß die Gerichte nicht zu prüfen berechtigt sind, ob Bevollmächtigte, insbesondere die durch die ungerichtliche Gewerkschaften geschlossenen Bevollmächtigten, die Schlichter sind, die geltenden Verfahrensbestimmungen bei ihren Entscheidungen beobachtet haben. Gegen die Zuständigkeit der im vorliegenden Falle tätig gewordenen Schlichtungsbehörden lassen sich aber Bedenken nicht erheben. Der Reichsarbeitsminister ist zur Ernennung eines besonderen Schlichters für den einzelnen Streitfall befugt. Wenn er unter Überlegung des öffentlichen Schlichters von dieser Befugnis Gebrauch machen will, hängt lediglich von seinem pflichtgemäßen Ermessen ab. Die Zurückweisung des Dr. Semler bedeutet letztendlich eine Verletzung des rechtlichen Schlichters.

Verhöhnungen in der Holzindustrie.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Holzarbeiterlöhne, die am 8. Februar vor dem verfallenden Lohnamt in Berlin begannen, hatten folgenden Ergebnis. Für 18 Lohngruppen wurden Schlichtersprüche erlassen, die eine Lohnüberhöhung von 6 Pf. ab sofort und von teils 8, teils 2 Pfennigen ab 1. Oktober bringen. Die Laufdauer der Schlichtersprüche beträgt 1 Jahr. Es handelt sich also um eine Gesamtlöhnerhöhung für ein Jahr in Höhe von 8 bzw. 9 Pfennigen pro Stunde. Die genannten Verhöhnungen gelten nur für die Arbeiter, die für die Holzarbeiter erfolgt. Die Schlichtersprüche laufen am 24. Februar ab. Am 23. findet in Berlin eine Konferenz der Funktionäre statt, die über die Annahme oder Ablehnung der Schlichtersprüche zu entscheiden hat.

Die Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe beendet.

Dem geschlossenen Willen der im Handels- und Transportgewerbe beschaffenden Arbeitnehmern ist es gelungen, in Verhandlungen mit den Schlichtern den Schlichterspruch des Sachverständigenausschusses vom 31. Januar 1925 wesentlich zugunsten der in dieser Gruppe Beschäftigten zu verbessern.

Alle im Handels- und Transportgewerbe Tätigen werden darauf hingewiesen, daß im Bureau des Sachverständigen, Brandenburgerstr. 10 I, die gebrauchten Schlichtertabellen ausgelegt werden.

30 000 Bergarbeiter im Streik.

Prag, 11. Februar. (Eig. Drahtf.) Die von der tschechischen Regierung für kommenden anfangsfebruartigen Verhandlungen im tschechischen Bergbau ist nur ein wenig Aussicht auf Erfolg zu erwarten. Der Streik, an dem 30 000 Bergarbeiter beteiligt sind, wird insofern am Montag beginnen.

Das Frau-Karminier Bergarbeiter folgt.

Berlin, 13. Februar. (Eig. Drahtf.) Die Bergarbeiter, werden die Bergarbeiter im Frau-Karminier Revier, falls das nordwestdeutsche Revier freit, ebenfalls in den Streik treten. Ber-

Gewerkschaftliches.

Die Parteigruppe (3. Klasse) des Herrn Prof. Dr. Rubin über den Thema „Kapitalistische Unternehmungen“ Teilnehmer können hier noch den Beginn des ersten Vortrags melden (Sprechsaal der Universität (Vortragssaal, 11. Dresden, Canal 14b).

Sindar-Gewerkschaften.

Vor einiger Zeit wurde auf einer Tagung des Reichsverbandes der „Solidarität“ im Regler Saale bei Halle ein Bericht über die Tätigkeit der „Solidarität“ im Ruhrgebiet gegeben. Unter anderem wurde dem KPD und der Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten vorgelesen, daß ein einseitig sozialistischer Unternehmungen zum Schaden des Arbeiterverbandes in Essen brachte den Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Auf die Kandidatur wurde entfallen 274 Stimmen, auf die der KPD 213 Stimmen.

Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als bei der Ortsverwaltungsmittel im vergangenen Jahre die Mehrheit nur 250 Stimmen betrug und die Kommunisten in diesem Jahre eine außerordentliche Majorität erzielten. Welche Bedeutung die kommunistische Presse im Ruhrgebiet den Ortsverwaltungsmittel der Deutschen Metallarbeiterverbandes beigegeben hat, geht aus folgenden Ausführungen des „Ruhr-Ruf“ in der Monatsnummer hervor:

„Es ist klar, daß die Entscheidung in Essen von größter Tragweite für die gesamte Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes ist, und daß der Oppositionsbuchdruck durch die revolutionäre Front eine sehr schmerzliche Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung in revolutionären Sinne bedeutet.“

Die Arbeiterkraft will, wie wir sehen, von dieser „Revolutionierung“, die in händiger Bestätigung der Gewerkschaftsinstanzen durch die KPD, nichts wissen. Trotzdem wird die KPD keine Schritte zurück ziehen, denn sie lebt ja noch durch diese Kampfmethode. Wie lange noch?

Die Verhandlungen über die Schlichtung.

Das Landgericht gab der Klage statt, das Oberlandesgericht Braunschweig erließ auf Abweisung der Klage. Die von den Klägerinnen beim Reichsgericht eingeleitete Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom 3. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsurteilen zu sehen. Die Revision trägt zu Unrecht, daß der Schlichter und Schlichterin nicht als Bevollmächtigte der Rätegrüner zugelassen haben. Die ständige Rechtsprechung des Senats geht dahin, daß die Gerichte nicht zu prüfen berechtigt sind, ob Bevollmächtigte, insbesondere die durch die ungerichtlichen Gewerkschaften geschlossenen Bevollmächtigten, die Schlichter sind, die geltenden Verfahrensbestimmungen bei ihren Entscheidungen beobachtet haben. Gegen die Zuständigkeit der im vorliegenden Falle tätig gewordenen Schlichtungsbehörden lassen sich aber Bedenken nicht erheben. Der Reichsarbeitsminister ist zur Ernennung eines besonderen Schlichters für den einzelnen Streitfall befugt. Wenn er unter Überlegung des öffentlichen Schlichters von dieser Befugnis Gebrauch machen will, hängt lediglich von seinem pflichtgemäßen Ermessen ab. Die Zurückweisung des Dr. Semler bedeutet letztendlich eine Verletzung des rechtlichen Schlichters.

Verhöhnungen in der Holzindustrie.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Holzarbeiterlöhne, die am 8. Februar vor dem verfallenden Lohnamt in Berlin begannen, hatten folgenden Ergebnis. Für 18 Lohngruppen wurden Schlichtersprüche erlassen, die eine Lohnüberhöhung von 6 Pf. ab sofort und von teils 8, teils 2 Pfennigen ab 1. Oktober bringen. Die Laufdauer der Schlichtersprüche beträgt 1 Jahr. Es handelt sich also um eine Gesamtlöhnerhöhung für ein Jahr in Höhe von 8 bzw. 9 Pfennigen pro Stunde. Die genannten Verhöhnungen gelten nur für die Arbeiter, die für die Holzarbeiter erfolgt. Die Schlichtersprüche laufen am 24. Februar ab. Am 23. findet in Berlin eine Konferenz der Funktionäre statt, die über die Annahme oder Ablehnung der Schlichtersprüche zu entscheiden hat.

Die Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe beendet.

Dem geschlossenen Willen der im Handels- und Transportgewerbe beschaffenden Arbeitnehmern ist es gelungen, in Verhandlungen mit den Schlichtern den Schlichterspruch des Sachverständigenausschusses vom 31. Januar 1925 wesentlich zugunsten der in dieser Gruppe Beschäftigten zu verbessern.

Alle im Handels- und Transportgewerbe Tätigen werden darauf hingewiesen, daß im Bureau des Sachverständigen, Brandenburgerstr. 10 I, die gebrauchten Schlichtertabellen ausgelegt werden.

30 000 Bergarbeiter im Streik.

Prag, 11. Februar. (Eig. Drahtf.) Die von der tschechischen Regierung für kommenden anfangsfebruartigen Verhandlungen im tschechischen Bergbau ist nur ein wenig Aussicht auf Erfolg zu erwarten. Der Streik, an dem 30 000 Bergarbeiter beteiligt sind, wird insofern am Montag beginnen.

Das Frau-Karminier Bergarbeiter folgt.

Berlin, 13. Februar. (Eig. Drahtf.) Die Bergarbeiter, werden die Bergarbeiter im Frau-Karminier Revier, falls das nordwestdeutsche Revier freit, ebenfalls in den Streik treten. Ber-

Die Verhandlungen über die Schlichtung.

Das Landgericht gab der Klage statt, das Oberlandesgericht Braunschweig erließ auf Abweisung der Klage. Die von den Klägerinnen beim Reichsgericht eingeleitete Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom 3. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsurteilen zu sehen. Die Revision trägt zu Unrecht, daß der Schlichter und Schlichterin nicht als Bevollmächtigte der Rätegrüner zugelassen haben. Die ständige Rechtsprechung des Senats geht dahin, daß die Gerichte nicht zu prüfen berechtigt sind, ob Bevollmächtigte, insbesondere die durch die ungerichtlichen Gewerkschaften geschlossenen Bevollmächtigten, die Schlichter sind, die geltenden Verfahrensbestimmungen bei ihren Entscheidungen beobachtet haben. Gegen die Zuständigkeit der im vorliegenden Falle tätig gewordenen Schlichtungsbehörden lassen sich aber Bedenken nicht erheben. Der Reichsarbeitsminister ist zur Ernennung eines besonderen Schlichters für den einzelnen Streitfall befugt. Wenn er unter Überlegung des öffentlichen Schlichters von dieser Befugnis Gebrauch machen will, hängt lediglich von seinem pflichtgemäßen Ermessen ab. Die Zurückweisung des Dr. Semler bedeutet letztendlich eine Verletzung des rechtlichen Schlichters.

Verhöhnungen in der Holzindustrie.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Holzarbeiterlöhne, die am 8. Februar vor dem verfallenden Lohnamt in Berlin begannen, hatten folgenden Ergebnis. Für 18 Lohngruppen wurden Schlichtersprüche erlassen, die eine Lohnüberhöhung von 6 Pf. ab sofort und von teils 8, teils 2 Pfennigen ab 1. Oktober bringen. Die Laufdauer der Schlichtersprüche beträgt 1 Jahr. Es handelt sich also um eine Gesamtlöhnerhöhung für ein Jahr in Höhe von 8 bzw. 9 Pfennigen pro Stunde. Die genannten Verhöhnungen gelten nur für die Arbeiter, die für die Holzarbeiter erfolgt. Die Schlichtersprüche laufen am 24. Februar ab. Am 23. findet in Berlin eine Konferenz der Funktionäre statt, die über die Annahme oder Ablehnung der Schlichtersprüche zu entscheiden hat.

Die Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe beendet.

Dem geschlossenen Willen der im Handels- und Transportgewerbe beschaffenden Arbeitnehmern ist es gelungen, in Verhandlungen mit den Schlichtern den Schlichterspruch des Sachverständigenausschusses vom 31. Januar 1925 wesentlich zugunsten der in dieser Gruppe Beschäftigten zu verbessern.

Alle im Handels- und Transportgewerbe Tätigen werden darauf hingewiesen, daß im Bureau des Sachverständigen, Brandenburgerstr. 10 I, die gebrauchten Schlichtertabellen ausgelegt werden.

30 000 Bergarbeiter im Streik.

Prag, 11. Februar. (Eig. Drahtf.) Die von der tschechischen Regierung für kommenden anfangsfebruartigen Verhandlungen im tschechischen Bergbau ist nur ein wenig Aussicht auf Erfolg zu erwarten. Der Streik, an dem 30 000 Bergarbeiter beteiligt sind, wird insofern am Montag beginnen.

Das Frau-Karminier Bergarbeiter folgt.

Berlin, 13. Februar. (Eig. Drahtf.) Die Bergarbeiter, werden die Bergarbeiter im Frau-Karminier Revier, falls das nordwestdeutsche Revier freit, ebenfalls in den Streik treten. Ber-

„Und in diesem Zustand sollen wir nun vor unsere Wähler treten!“



Die Einigkeit im Bürgerblock.

Es ist jedenfalls erfreulich, wenn von „Solidarität“ behauptet wird, daß mit ihm nicht in Verbindung getreten werden soll. Es ist vielmehr wiederholt mit „Solidarität“ verhandelt worden und ein Zusammengehen vorgeplagt worden. Erst am 24. November 1925 hat der Bundesvorstand von „Solidarität“ mitgeteilt, daß er den Vorschlag nicht anzunehmen könne und die Angelegenheiten einen anderen Verlauf nehmen werde. In dieser Angelegenheit ist die Angelegenheit nicht mehr erfolgt. Infolgedessen sind die von der ehedem erwähnten Organisation erhobenen Vorwürfe völlig haltlos und werden wohl auch in der Hauptsache nur erhoben worden sein, um sich wieder einmal in den „Solidarität“ einen einmal verhassten „Gewerkschaftsbund“ zeihen zu können.

Der Deutsche Fabrikarbeiterverband zählt jetzt mehr als 70 000 Mitglieder.

Die Auswertung im Oktober der vergangenen Jahres hat die Mitgliederzunahme beträchtlich gesteigert. Der nächste internationale Fabrikarbeiter-Kongress findet am 16. Juni d. J. in Paris statt. Auf dem Kongress soll die endgültige Beschlußfassung über die obligatorische Unterstützung bei Ausperrungen erfolgen.

Der Sport braucht Geld!

Wenigste ein Drittel der öffentlichen Einnahmen...

Die Reichsregierung hat sich für die Förderung des Sports...

In einer gemeinsamen Eingabe an den Reichspräsidenten...

Zahnärztinnen in Halle.

Am letzten Abend der Winterferien in Halle...

Die am Sonntag in Göttingen gefundene Colonia-Gold...

Das Hof-Damen und Tom Geener werden am 1. März...

Sportstrahlen und Lebensübungen.

Nach dem Bericht des Reichsgesundheitsamtes...

„Haus der Jugend in Nordhausen“.

Der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus hat in Nordhausen...

Maerzferien in Halle.

Als Abschluss der Winterferien in der Preussischen Sporthalle...

Handball-Verband.

Der Handball-Verband hat am Sonntag in Halle...

Die am Sonntag in Göttingen gefundene Colonia-Gold...

Das Hof-Damen und Tom Geener werden am 1. März...

Sportstrahlen und Lebensübungen.

Nach dem Bericht des Reichsgesundheitsamtes...

„Haus der Jugend in Nordhausen“.

Der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus hat in Nordhausen...

Maerzferien in Halle.

Als Abschluss der Winterferien in der Preussischen Sporthalle...

Handball-Verband.

Der Handball-Verband hat am Sonntag in Halle...

Der Sportklub, Halle. Die Schiedsrichter...

Handball-Verbands.

Die am Sonntag in Göttingen gefundene Colonia-Gold...

Sportstrahlen und Lebensübungen.

Nach dem Bericht des Reichsgesundheitsamtes...

„Haus der Jugend in Nordhausen“.

Der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus hat in Nordhausen...

Maerzferien in Halle.

Als Abschluss der Winterferien in der Preussischen Sporthalle...

Handball-Verband.

Der Handball-Verband hat am Sonntag in Halle...

Gummischlauch für den Irrigator, für Garten usw. Spezialgeschäft Gummischlauch, Dr. Steinstr., Adre Markt 1

Die Geheimnisse des Mädchenhandels

Roman-Skizzen von Albert Londres

(Wichtig veränderte Übertragung von dem Verfasser des „L'Espresso“)

„In diesen Tagen ist der Hof das Morgenrot...“

„Es herrscht eine so fromme Stille, daß man sich in einer Kirche glaubt...“

„Die Arbeiterin ist eine alte Chinese, die in einem kleinen Laden...“

„Das nagen die „arabesques“ aus. Im übrigen haben sie Rechte wie die anderen in der Bocc...“

„Jeder ist zum Abendessen zugelassen. Alle warten in Sammelung...“

„Zu gewissen Zeiten wird die Tür selbst bis fünf Uhr abends...“

„Das sind unsere kleinen Polakinnen, die ihren Betrag erfüllen, um ihre Familien zu retten...“

Wenn der Mann im gleichen Ort ist, geht er jeden Sonntag in das Haus...“

„Und was bekommt die Frau? Das ist nichts...“

„Das ist verächtlich. Verpflegt, gepflegt, überläßt sie ihren Sohn dem Mann...“

„Das kranke Robert zweite Garnitur...“

„Maxelle hatte ihren Meister um dreihundert Pfund geliehen...“

„Der Jung fuhr durch die Wampa...“

„Ich habe es mir genau überlegt, ich werde sie verkaufen...“

„Und wenn sie nicht will? Glauben Sie, daß ich ihr meinen Plan mitteile...“

„Maxelle! Ich brauche sie doch nicht, um sie zu verkaufen...“

„Das nagen die „arabesques“ aus. Im übrigen haben sie Rechte wie die anderen in der Bocc...“

„Jeder ist zum Abendessen zugelassen. Alle warten in Sammelung...“